

***Es gilt das gesprochene Wort –  
Sendesperrfrist: Redebeginn!***

---

## ***MINT-Herbstreport 2018***

***Statement von***

***Thomas Sattelberger MdB  
Vorstandsvorsitzender  
MINT Zukunft schaffen***

---

**BDA** | Bundesvereinigung der  
Deutschen Arbeitgeberverbände  
Mitglied von BUSINESSEUROPE

**Hausadresse:**  
Breite Straße 29 | 10178 Berlin

**Briefadresse:**  
11054 Berlin

[bda@arbeitgeber.de](mailto:bda@arbeitgeber.de)  
[www.arbeitgeber.de](http://www.arbeitgeber.de)

T +49 30 2033-1800  
F +49 30 2033-1805

Prof. Plünnecke hat berichtet, dass ohne die Zuwanderung die Fachkräftelücke um 173.000 Personen größer wäre. Der Anteil von Zugewanderten – EU plus Drittstaaten – an allen akademischen MINT-Beschäftigten stieg von 14,3 auf 19,9 Prozent. Anders sieht es auf der Facharbeiter-Ebene aus. Zwischen 2005 und 2016 ist der Anteil der 35- bis 39-Jährigen mit einer MINT-Berufsausbildung von 24 auf 18,9 Prozent gesunken. Bei den 30- bis 34-Jährigen sieht es noch schlechter aus. Hier ging der Anteil im gleichen Zeitraum von 22,3 auf 17,4 Prozent zurück. Das heißt: Je jünger, umso seltener eine MINT-Berufsausbildung – die Engpässe in den MINT-Ausbildungsberufen nehmen kontinuierlich zu. Dies ist besorgniserregend und stellt die Betriebe vor enorme Herausforderungen. Der Konjunktur fehlt das Personal! Die Unternehmen haben im Ausbildungsbereich auf diese Entwicklung reagiert: Die Anzahl neu abgeschlossener MINT-Ausbildungsverträge ist seit 2013 kontinuierlich gestiegen. Und die Betriebe hätten noch deutlich mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen, wenn es geeignete Bewerberinnen und Bewerber hierfür geben würde. 2017 blieben rund 9.700 MINT-Ausbildungsplätze unbesetzt. Was ist zu tun?

1. Wir müssen eine fundierte Berufsorientierung an allen Schulformen der Sekundarstufe, auch den Gymnasien, und im engen Austausch mit der beruflichen Praxis deutlich ausbauen. Baden-Württemberg geht hier seit letztem Jahr mit dem neuen Schulfach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ den richtigen Weg. Andere Länder sollten folgen.
2. MINT-Kompetenzen bei Schülerinnen und Schülern können wir nur fördern, wenn ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Ohne Unterrichtsversorgung gibt es keine gute Bildung! Der dramatische Lehrermangel ist ein bildungspolitisches Armutszeugnis für die Länder. Er betrifft vor allem die Berufsschulen. Allein bis 2020 benötigen sie jährlich 4.000 neue Lehrerinnen und Lehrer, ausgebildet werden derzeit allerdings nur 2.000. Bis 2035 steigt der Bedarf auf 6.000 an (Bertelsmann 2018). Auch die bereits 2015 entstandene und auf NRW bezogene Studie von Prof. Klemm sowie der Hochschulbildungsreport des Stifterverbandes kommen zu ähnlichen, in allen Fällen aber dramatischen Ergebnissen. Die Kulturministerkonferenz braucht endlich eine bundesweite Gesamtstrategie für Lehrernachwuchs. Die Prognosen zu Schülerzahlen und Lehrerberuf müssen jedes Jahr – und nicht wie zuletzt im Abstand von fünf Jahren – aktualisiert werden. Wir navigieren ohne Kompass. Es müssen ausreichend Studienplätze vorgehalten werden und der Lehrerberuf muss attraktiver werden. Zwei Punkte schlage ich vor:

- Lehrkräfte brauchen deutlich mehr berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Lehrerinnen und

Lehrer, die gute Arbeit leisten, müssen mehr Anerkennung finden. Der Arbeitsplatz Klassenraum muss attraktiver werden. Dafür brauchen die Schulen mehr Autonomie – Stichwort „Selbstständige Schule“. Entscheidend ist auch ein hochwertiges Fort- und Weiterbildungsangebot. Wie können wir mehr lebensbegleitendes Lernen fordern, wenn die Lehrkräfte es unseren Kindern nicht auch vorleben?

- An den Universitäten muss die Lehrerbildung ins Zentrum rücken. In Centers of Education wird die Lehrerbildung und Bildungsforschung gebündelt statt wie bisher zerfasert in einer Vielzahl von Fakultäten.
3. Digitalisierung ist eine Riesen-Chance für den Standort Deutschland. Um diese wahrzunehmen zu können, müssen wir mit der digitalen Bildung an den Schulen vorankommen. Das Gezerre um den DigitalPakt Schule, der vor über zwei Jahren angekündigt wurde, ist enttäuschend. Klar ist aber auch: Die Länder können sich nicht zurücklehnen und allein auf den Bund verweisen, sondern sie müssen mindestens in ähnlicher Größenordnung investieren. Aber Geld für digitale Infrastruktur allein wird nicht helfen. Denn technische Neuerung hat als Zwilling pädagogische und soziale Neuerung. Die Schulen brauchen Konzepte, wie Informations- und Kommunikationstechnologien zielführend im Unterricht eingesetzt werden können. Zum anderen brauchen sie Lehrkräfte, die digitale Kompetenzen vermitteln können. Wir brauchen multiprofessionelle Teams, in denen neben Lehrkräften auch z.B. IT-Systemadministratoren, in Brennpunktschulen Sozialpädagogen oder „Educational Technologists“ an der Schnittstelle von IT und Pädagogik arbeiten.
  4. Schulen brauchen zudem Unterstützung von außen – aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Darum hilft MINT Zukunft schaffen Schulen, ihr MINT- und digitales Profil auszubauen. Seit 2011 zeichnen wir MINT-freundliche Schulen aus – Ende 2018 werden es rund 1.700 Schulen jeden Schultyps sein. Seit 2017 vergeben wir darüber hinaus das Siegel „Digitale Schule“ an Schulen, die digitale Elemente in Unterricht, Verwaltung und Elternarbeit einbauen. Ebenso unterstützt Gesamtmetall über 300 MINT-Exzellenz-Gymnasien.

Auch wenn wir alle inländischen Fachkräftepotenziale heben, sind wir dennoch auf qualifizierte Fachkräftezuwanderung angewiesen. Die Zahlen unterstreichen das: Durch die Verbesserung der Zuwanderungsbedingungen konnte die Lücke gesenkt und die Beschäftigung in MINT-Berufen stark erhöht werden: Bei den MINT-Akademikern aus EU-Staaten stieg die Beschäftigung zwischen 2012 und 2018 von 39.000 auf 59.600, das heißt um mehr als 50 Prozent. Noch stärker ist der Be-

schäftigungsanstieg bei den MINT-Akademikern aus Ländern außerhalb der EU (Indien, China, Russland). Im genannten Zeitraum stieg deren Zahl von 30.300 auf 58.500, d.h. um mehr als 90 Prozent. Auf der Facharbeiter-Ebene ist die Situation umgekehrt. Hier stieg die Beschäftigung von Ausländern aus EU-Staaten sogar stärker an als bei den Akademikern: von 134.900 auf 218.400, d.h. um knapp 62 Prozent. Bei den Drittstaatlern bewegt sich der Beschäftigungsaufbau bei den MINT-Facharbeitern allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau mit nur plus 12 Prozent – von knapp 166.000 auf 185.900.

Mittelfristig wird die Zuwanderung aus der EU abnehmen. Die Zuwanderung aus Drittstaaten muss deshalb stärker als bisher an Bedeutung gewinnen. Das angekündigte Einwanderungsgesetz, das insbesondere die Einwanderung von Fachkräften beinhaltet, muss schnell durch die Gesetzgebungspipeline. Zentral hierbei sind bessere und digitale Verwaltungsverfahren bei den Auslandsvertretungen und Ausländerbehörden. Grundsätzlich gilt: Gesetzliche Regelungen können nur so gut wie die praktische Umsetzung sein. Wenn qualifizierte Fachkräfte in ihrem Heimatland mehrere Monate auf einen Termin bei der deutschen Botschaft warten, um ihren Visaantrag einzureichen, ist dies wenig attraktiv. Wenn der Versand von Dokumenten zwischen den Behörden per Post erfolgt statt eine einheitliche e-Akte zu führen, verstreicht viel Zeit. Warum bündelt man nicht die Kompetenzen zum unglaublich komplexen Ausländerrecht in jeweils einer Ausländerbehörde? Es ist irrwitzig, dass wir zurzeit über 600 teilweise sehr kleine Ausländerbehörden in Deutschland haben.

Für Fachkräfte aus Drittstaaten ist die Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation eine Zuwanderungsvoraussetzung. Dies soll laut Plänen der Bundesregierung im Grundsatz so bleiben. Für viele beruflich qualifizierte ist diese Forderung jedoch nicht zu erfüllen, da die deutsche Ausbildung weltweit einmalig ist. Wir müssen daher beim Thema „Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation“ flexibler und unbürokratischer sein. Menschen aus dem Ausland mit einer abgeschlossenen Ausbildung und damit einer vergleichbaren Qualifikation müssen auch dann eine Arbeit aufnehmen können, wenn diese nicht zu 100 Prozent formal einer deutschen Ausbildung entspricht.